Allianzen

Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung

Allianzen #8, 22. Oktober 2026

Liebe Leser*innen,

+++ diesmal ein kleiner Werbeblock vorab: **Unsere Allianz hat eine neue Website** – werfen Sie gerne einmal einen Blick darauf! Zusätzlich möchten wir Sie auf folgende Veranstaltungen hinweisen: Am 10. November sprechen Dr. Marie Wachinger und Dr. Rupert Graf Strachwitz in der Maecenata Stiftung in Berlin (und online) über das Thema **„Freiheit und Solidarität – Gegensätze oder Komplementäre".** Anmeldung hier. Und unsere **kostenlose Webinarreihe** in Kooperation mit dem Bündnis Zusammen für Demokratie dürfte für viele von Ihnen von Interesse sein: alle Infos hier. Und nun: Die *Allianzen #8.* +++

Am 6. Oktober hat sich der Landtag von Sachsen-Anhalt konstituiert, und zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik leitet ein Mitglied einer rechtsextremen Partei ein Landesparlament. Die CDU hatte eigentlich Enthaltung angekündigt, dann wurde der 35-jährige AfD-Mann Tobias Rausch aber doch mit vier Stimmen mehr als erwartet gewählt (*Quelle*). In seiner Antrittsrede sagte er: „Wir können hart um die richtigen Wege ringen und trotzdem die demokratische Legitimation des anderen respektieren."

Und: „Die Zeiten von politischen Brandmauern sollten der Vergangenheit angehören" (*Quelle*).

Flashback

Wer 1930 in Deutschland erwachsen war, hatte einen Weltkrieg, eine Revolution, die Bürgerkriegsjahre, Hyperinflation, Hunger und Massenarbeitslosigkeit erlebt.

Ende 1932 waren knapp 5,8 Millionen Menschen als arbeitslos registriert, die

Dunkelziffer nicht eingerechnet. Am 31. Dezember 1932 erhielten von ihnen nur etwa 17,7 Prozent eine Versicherungsleistung, alle übrigen waren in Krisenfürsorge oder Wohlfahrt abgerutscht, oder gingen ganz leer aus. Und die Regierung dampfte die Hilfe weiter ein: Die Unterstützungsdauer wurde ab 1932 von 26 auf sechs Wochen gekürzt und die Bedingungen verschärft, für manche Personengruppen wie verheiratete Frauen und Jugendliche wurde sie sogar komplett gestrichen (Q).

Auch wer vorerst seine Arbeit behielt, war nicht vor Armut sicher: Die Realeinkommen reduzierten sich von 1929 bis Anfang 1933 um etwa ein Drittel, die Industrieproduktion fiel um etwa 40 Prozent (Q). In den kleineren Städten verelendete der Mittelstand. Die Angestellten und Beamt*innen, auch solche aus den früher sicheren Berufen bei Post und Bahn, bangten um ihre Stellen (Q).

Es herrschte Wohnraumnot. Viele konnten ihre Miete nicht mehr zahlen, und die Gerichte verurteilten zur Räumung. Obdachlose Familien kamen in Eisenbahnwaggons, Kasernen und Baracken unter (Q). Man habe die Wahl „zwischen dauerhafter Unterernährung und anwachsenden Mietrückständen“ gehabt (ebd.).

Man hatte bereits den Krieg und die Hyperinflation überlebt. Doch nach 1929, so die Historikerin Katja Hoyer, habe man eine andere Erfahrung gemacht: die Krisen hörten einfach nicht mehr auf. Man habe nicht mehr daran geglaubt, dass es jemals wieder besser würde (Q). Tausende beendeten in diesen Jahren, so das Deutsche Historische Museum, „ihr als nutzlos empfundenes Leben freiwillig“ (Q).

Arbeit und Brot

Im Januar 1930 stand im „Prager Abendblatt“, wohin sich solch Hoffnungslosigkeit wandte: Die „gesamte deutsche Öffentlichkeit ruft nach der Führerpersönlichkeit, die die veralteten Parteien in schwerstem Ringen nicht hervorbringen“ (Q).

Im März 1930 zerbrach die Reichsregierung zum wiederholten Mal. Die fünf-Parteien-Koalition der Regierung Müller scheiterte an einem Streit um die Frage, ob die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um einen halben Prozentpunkt steigen sollten (Q).

Die Regierung Brüning regierte danach ohne Mehrheit über Notverordnungen und mit einem gnadenlosen Sparkurs durch, das Land taumelte sichtbar dem Ende entgegen. Auch damit wollte man dem Ausland beweisen, dass die Reparationszahlungen auch beim besten Willen nicht mehr gezahlt werden konnten (Q). Er gab keine Aussicht auf Besserung. Im August 1931 sagte der „Hungerkanzler“ Brüning: „Das Jammern macht in der Welt gar keinen Eindruck, ob von Kreisen der Industrie oder der Landwirtschaft” (Q).

Dagegen hatte die NSDAP ein großes, goldenes Versprechen im Gepäck: „Arbeit und Brot“ (Q). Für die Juliwahl 1932 druckte man ein Sofortprogramm zur Arbeitsbeschaffung in 600.000 Exemplaren. Eine Million Arbeitsplätze sollten im Eigenheimbau entstehen; der Staat würde das Geld beschaffen, um die Arbeit zu bezahlen und dadurch die Wirtschaft gleich mit ankurbeln: „Der Bedarf, der nun durch die Durchführung all dieser Arbeiten an Gerät, Unterkunft, Bekleidung entsteht, wird weitere Arbeitskräfte in Handwerk, Industrie, Handel und Verkehr in Arbeit setzen“. Oder, eingängiger: „Nicht Kapital schafft Arbeit, Arbeit schafft Kapital“ (ebd.).

Außerdem, und auch das zündete, wussten die Propagandisten für jede Not noch Angst und Schuldige. Den Bauern, von denen viele unter der Last der Schulden und gleichzeitig fallenden Preisen ihre Höfe verloren, hielt man etwa das „Schreckgespenst der kalten Enteignung“ vor; hinter der Drohkulisse der Verstaatlichung stünden „jüdische Machenschaften“. Die demokratische Republik und ihre Einrichtungen wurden dabei „in demagogischer Verhetzung, die auch vor Fälschungen, Verdrehungen und Verleumdungen nicht zurückschreckt“, als „Ursache aller wirtschaftlichen Not hingestellt“ (Q).

Währenddessen war die Bevölkerung der Weimarer Republik alles andere als politikmüde. Die Wahlbeteiligung lag bei allen Reichstagswahlen bis 1932 bei über 75 Prozent, im Juli 1932 sogar bei 84 Prozent (Q). Millionen Menschen organisierten sich in Gewerkschaften, Parteien und zivilgesellschaftlichen Verbänden. Das Interesse war groß, die demokratische Erfahrung klein.

Antennen

Wer damals noch eine Wohnung hatte, saß mit den Nachbarn vor dem Radio und hatte damit eine Tür zu einer Welt mit Musik, Unterhaltung und, ab 1928, gelegentlich auch Politik. Ende 1932 war jeder vierte Haushalt auf Empfang. Die Stimmen derjenigen, die dort sendeten, sprachen „persönlich“ in den intimen familiären Räumlichkeiten vor (Q). Am 1. Februar 1933 verlas Hitler im Radio seinen Aufruf, den tags darauf auch die Zeitungen im ganzen Reich abdruckten. Und den die Menschen hoffnungsvoll in ihren Tagebüchern notierten (ebd.): „Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein“ (Q).

Das preußische Innenministerium beobachtete im Mai 1930, es sei „in erster Linie wirtschaftliche Verzweiflung, die dem Nationalsozialismus seine Anhänger zuführt“; man glaube in diesen Kreisen, „nur noch von einem Radikalmittel Abhilfe erhoffen zu können“ (Q).

Das Parteiverbot

In der Weimarer Republik war ein Parteiverbot im Grunde ein Verwaltungsakt. Gestützt auf das Republikschutzgesetz konnten die Länder es seit 1922 per Verfügung anordnen. 37 Parteien wurden so verboten; 34 dieser Verbote betrafen die NSDAP und ihre Nachfolgeparteien, drei die KPD (*Q*).

Nach Hitlers Putschversuch war die NSDAP am 23. November 1923 per Ausnahmerecht über den Artikel 48 im ganzen Reich verboten worden (*Q*). Hitler kam vor Gericht.

Und hier hätte diese Geschichte wohl enden können.

Doch Hitler bekam am 1. April 1924 die gesetzliche Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft (*Q*). Das Gericht bescheinigte den Putschisten, sie seien „von rein vaterländischem Geist und dem edelsten selbstlosen Willen geleitet" gewesen, und ließ völlig außer Acht, dass Hitler bereits unter Bewährung stand. Er wurde in einem separaten Trakt untergebracht, empfing zahlreiche Besucher und fand in den knapp neun Monaten bis zu seiner Entlassung die Muße, am ersten Band von „Mein Kampf" zu schreiben (ebd.).

Nachdem im Februar 1925 in Bayern der in Folge von Konflikten mit der Reichsregierung 1923 verhängte Ausnahmezustand und damit die rechtliche Grundlage für das Parteiverbot endete, sicherte Hitler Ministerpräsident Heinrich Held zu, nur noch im Rahmen der Verfassung zu agieren, und durfte die NSDAP am 27. Februar 1925 neu gründen – im Bürgerbräukeller, in noch ein gutes Jahr kurz zuvor geputscht hatte (*Q*).

Vorbereitung der Gesellschaft

Hitler widmete sich danach dem strukturellen Ausbau seiner Partei in der Zivilgesellschaft. Ab Sommer 1929 bildete eine eigene Rednerschule Agitatoren aus, eine Propagandazentrale in jedem Gau passte Redner und Themen „den jeweiligen örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen" an (*Q*).

Bei der Reichstagswahl im Mai 1928 holte die NSDAP nur 2,6 Prozent; im Herbst 1928 zählte sie bereits etwa 90.000 Mitglieder in etwa 1.200 Ortsgruppen, Anfang 1930 knapp eine Viertelmillion (ebd.).

Im Reichsinnenministerium fragte man sich, wie sich dieser rege Zulauf wohl erklärte. Regierungsrat Kuntze, der zuständige Referent der Nachrichtensammelstelle, vermutete als Grund „das schrankenlose, ganz auf energische und rührige Agitation eingestellte Auftreten der Partei". Auch „die ausgesprochen antisemitische Einstellung mag ihren Teil dazu beigetragen haben" (ebd.). Und man wusste noch einen Grund: „die deutsche Not, die seit zehn Jahren in Deutschland regiert. Und solange diese Not größer wird, solange wird und muß die Schar der Nationalsozialisten wachsen" (Hinrich Lohse, NSDAP,

ebd.).

Wissen ohne Wirkung

Bei der thüringischen Landtagswahl am 8. Dezember 1929 holte sich die NSDAP ihre erste Regierungsbeteiligung. Sie verdreifachte ihr Ergebnis und war mit sechs Abgeordneten das Zünglein an der Waage, weil die bürgerlichen Parteien nicht mit der SPD regieren wollten (*Q*). Am 23. Januar 1930 wurde Wilhelm Frick Innen- und Volksbildungsminister und damit „der erste Nationalsozialist, der ein Regierungsamt übernimmt" (*Q*).

Einen Verfassungsschutz im heutigen Sinn gab es damals nicht. Die politischen Polizeien der Länder sammelten Material über Organisationen und Parteien sowie, seit 1929, eine Nachrichtensammelstelle im Reichsinnenministerium. „In lockerer Folge" traf man sich zur Nachrichtenkonferenz, um die Erkenntnisse dort vorzutragen und zu diskutieren (*Q*).

Im Mai 1930 entstand im preußischen Innenministerium eine ausführlich recherchierte „Referentendenkschrift", eine Analyse der internen Organisation der NSDAP, ihrer Ziele und Propaganda sowie ihrer möglichen strafrechtlichen Beurteilung. Im August folgten zwei weitere umfangreiche Denkschriften, eine des Reichsinnenministeriums und eine zweite preußische. Diese kam zu dem Schluss, die Legalitätsversicherungen der NSDAP seien „als taktische Schutzbehauptungen anzusehen (...), die keinerlei Glauben verdienen" (ebd).

Daneben sammelte die Zivilgesellschaft auf eigene Faust Material. Der Archivar Walter Gyßling und seine Kollegen notierten im Büro Wilhelmstraße des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, was führende Nationalsozialisten von sich gaben, und werteten ihre Agitation und ihre Auftritte in den Parlamenten „als Argumentationshilfe für die Gegenrede" aus (*Q*). Eine der Erkenntnisse des Büros: Gegen die NSDAP müsse die öffentliche Meinung „nicht länger über Argumente, sondern über Emotionen" mobilisiert werden (*Q*).

Man wusste 1930 also in Politik und Gesellschaft bereits viel über die Methoden der Partei. Und doch bestand, so der Historiker Gerhard Schulz, eine „in der Bevölkerung weithin verbreitete und, auf anderem Niveau, in zuständigen Behörden bestehende Unsicherheit oder Wankelmütigkeit in der Beurteilung sowohl der Gesamtlage als auch im besonderen des Nationalsozialismus" (*Q*).

Auch Referent Kuntze wagte auf der Nachrichtenkonferenz im April noch die Prognose: Bei der „erhofften Besserung der Wirtschaftslage" werde von der NSDAP nur „ein Häuflein Unentwegter übrig bleiben". Bis dahin bleibe „nichts weiter übrig, als die Entwicklung der Partei mit größtem Ernst im Auge zu behalten" (ebd).

Die Kabinettssitzung

Am 19. Dezember 1930 kam das Kabinett zusammen, um erneut die Frage zu klären, ob die NSDAP als legal oder als illegal zu behandeln sei (*Q*). Reichsinnenminister Wirth (dessen Haus eine der Denkschriften verantwortet hatte) war überzeugt, Reich und Länder müssten sich so einstellen, „als ob die Nationalsozialisten in gefährlicher Stunde sich nicht verfassungstreu verhalten würden“ (*Q*).

Reichswehrminister Groener sah in der Wehrfreudigkeit der NSDAP „eine der erfreulichen Erscheinungen“ der Bewegung und „keinen Umstand, der die Staatsfeindlichkeit der NSDAP zu beweisen geeignet wäre”. Hitler habe doch sogar die Gruppe um Otto Straßer aus der Partei entfernt, und damit „gerade die Gruppe, die sich stets am radikalsten gebärdete“ (ebd.). Postminister Schätzel berichtete aus seinem Haus, dort fänden die Nationalsozialisten „gerade unter der höheren Beamtenschaft“ Anklang. Dass die bloße Zugehörigkeit zur NSDAP beamtenrechtliche Folgen haben solle, lehne er ab: Es müsse schon „eine gewisse Agitation hinzukommen“ (*Q*).

Kanzler Brüning mahnte, die Reichsregierung solle sich davor hüten, „dieselben falschen Methoden (…) anzuwenden, welche in der Vorkriegszeit gegen die Sozialdemokraten angewendet worden seien“ (ebd.). Gemeint war wohl Bismarcks Sozialistengesetz von 1878, das erlaubte, sozialistische Parteien, Organisationen, Druckschriften und Versammlungen zu verbieten. Ihre Reichstagsmandate behielten die Sozialdemokraten aber bei, und bis 1890 verdreifachten sie ihre Stimmen (*Q*).

Die Sitzung ergab schließlich „völlige Übereinstimmung der Ressortchefs darin, zunächst nichts gegen die NSDAP zu entscheiden“. Das Material der preußischen Denkschrift „fand hierbei keine Berücksichtigung“ (*Q*).

Denn das Problem lag in Wahrheit ganz woanders: Ein Parteiverbot hätte durch die Institutionen auch durchgesetzt werden müssen. „Sowohl ihrer inneren Situation als ihrer Personalstärke nach“ sei die preußische Landespolizei wohl nicht (dazu) imstande gewesen”, so der Historiker Gerhard Schulz. Um die Polizei der anderen Länder sei es „sicherlich kaum besser bestellt“ gewesen (*ebd.*).

Kippmomente

Im September 1930 fragte der oldenburgische Innenminister Franz Driver beim Reichsinnenministerium an, ob er dessen Denkschrift an Verwaltung, Justiz und Polizei weitergeben dürfe. Er halte „eine weitergreifende Aufklärung über die radikalen Bewegungen für erforderlich“. Auf dem Oldenburger Exemplar steht die

handschriftliche Notiz: „Kein Eingang 25.X.30“ (*Q*) – es gab wohl keine Antwort.

Im November 1931 gelangten die Boxheimer Dokumente an die Öffentlichkeit, in denen schwarz auf weiß zu lesen war, welche Vorschriften die NSDAP in Hessen nach einer Machtübernahme erlassen wollte (*Q*). Das Reichsgericht stellte das Verfahren wegen versuchten Hochverrats gegen den Verfasser Werner Best im Oktober 1932 aufgrund mangelhafter Beweislage ein (*Q*).

Am 4. März 1932 schickte der preußische Ministerpräsident Otto Braun dem Kanzler eine Denkschrift von mehr als 220 Seiten. Brüning erklärte seinem Staatssekretär, er wünsche nicht, darauf zu antworten und wies ihn an, einen Teil der Anlagen zu vernichten (*Q*). Robert Kempner, der an der Auswertung des Materials beteiligt war, schrieb dazu später, Brüning sei „der völlig verfehlten Meinung“ gewesen, „er könne durch Aussprachen mit den Nationalsozialisten das politische Klima“ vor den anstehenden Wahlen „beruhigen“ (*Q*).

Am 17. März 1932 ließ Innenminister Severing nach Warnungen aus mehreren Regierungsbezirken Gaugeschäftsstellen der NSDAP durchsuchen. Die Durchsuchungen bestätigten, dass Einheiten der Partei „Alarmvorbereitungen“ trafen, doch ließen sich „weder Zweck noch Zeitpunkt glaubwürdig nachweisen“ (*Q*).

Im Frühjahr 1932 kandidierte Hitler gegen Hindenburg und verlor. Hindenburg wurde im zweiten Wahlgang mit 53 Prozent wiedergewählt, Hitler kam auf 36,8 Prozent. Drei Tage später verbot die Regierung Brüning, gestützt auf die Notverordnung, SA und SS, „zur Sicherung der Staatsautorität“ (*Q*). Das Verbot hielt nur zwei Monate. Am 7. Mai hatte General Kurt von Schleicher als Staatssekretär im Reichswehrministerium Hitler heimlich zugesagt, für Brünings Ablösung zu sorgen, SA und SS wieder zuzulassen und Neuwahlen herbeizuführen (*Q*). Ende Mai musste Brüning gehen; sein Nachfolger wurde Franz von Papen. Die neue Regierung hob am 14. Juni das SA-Verbot auf, und mit ihm alle „einschränkenden polizeirechtlichen Verordnungen seit dem März 1931“ (*Q*).

Die Straßenkämpfe eskalierten von da an. Allein im Juli 1932 kamen bei politischen Auseinandersetzungen fast 100 Menschen ums Leben. Einen NSDAP-Marsch durch das als rot geltende Altona, bei dem 18 Menschen ums Leben kamen, nahm von Papen zum Anlass, die preußische Regierung abzusetzen (*Q*).

Legal an die Macht

Ende Juli 1932 erreichte die NSDAP 37,4 Prozent und war damit stärkste politische Kraft. Hitler verlangte am 13. August von Hindenburg „die Führung einer

Regierung und die Staatsführung in vollem Umfange“ und schlug den Posten des Vizekanzlers aus (Q).

Bei der erneuten Wahl im November verlor die NSDAP gut zwei Millionen Stimmen und fiel auf 33,1 Prozent (Q). In dieser Schwächephase verhandelte von Papen ab Anfang Januar 1933 mit Hitler über eine gemeinsame Regierung (Q).

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler, mit nur zwei weiteren Nationalsozialisten im Kabinett. Die „verhängnisvolle Fehleinschätzung vieler konservativer Politiker“: Die NSDAP werde den National-Konservativen nur für wenige Monate im Parlament den Rücken freihalten und dann „politisch verschlissen“ sein (Q). Von Papen wird der Satz zugeschrieben: „In zwei Monaten haben wir Hitler in die Enge gedrückt, daß er quietscht“ (Q).

Was folgte, ist Geschichte: Vier Wochen später brannte der Reichstag. In den Stunden danach nahmen Polizei und SA mehrere Tausend Menschen fest, vor allem Kommunist*innen, aber auch Sozialdemokrat*innen und linke Intellektuelle. Am 28. Februar setzte eine Notverordnung wesentliche Grundrechte außer Kraft. Bei der Wahl vom 5. März bekam die NSDAP 43,9 Prozent. Am 23. März beschloss der Reichstag gegen die Stimmen der SPD das Ermächtigungsgesetz; damit durfte die Regierung nun Gesetze ohne das Parlament erlassen (Q).

Am 2. Mai stürmte die SA überall im Reich die Büros der freien Gewerkschaften (Q). Im Sommer verschwanden auch die restlichen Parteien: Die SPD wurde am 22. Juni verboten, die DNVP löste sich am 27. Juni selbst auf. DVP, BVP und Zentrum folgten Anfang Juli. Am 14. Juli verbot ein Gesetz die Neubildung von Parteien (Q).

In vorauseilendem Gehorsam übernahmen nun „bereitwillig nahezu sämtliche Organisationen bis hinunter zu kleinsten Sport- oder Gesangsvereinen“ den Arierparagraphen, „ohne dass es dabei eines staatlichen Zwangs bedurft hätte“ (Q).

Im März 1933 durchsuchten die Nazis die Büros des Centralvereins. Walter Gyßling notierte am 10. März in München in sein Tagebuch: „Hinter uns liegt eine Nacht des Grauens. Es war schliesslich nicht anders zu erwarten. Wer die hemmungslosen Hetzreden gehört hat, die gestern Abend vor der Feldherrenhalle gehalten wurden, ist entsetzt, aber nicht überrascht. (...). Es ist furchtbar, aber man ist daran schon irgendwie gewöhnt. (...) Aber dass blutgierige Verbrecher die Wohnungen friedlicher unpolitischer Bürger stürmen, dass Menschen verschleppt, misshandelt werden, dass diesen Banden nichts, aber auch gar nichts heilig ist, das hat es bisher in Deutschland nicht gegeben.“ (Q).

*

Sprung in die Jetztzeit. Wir stehen an einer Wegscheide. Hinter uns, schon fast am Horizont, die Weimarer Republik. Wie schwer der Weg bis hier war. Durch die Zerschlagung der Demokratie, durch die Diktatur. Die Kriege, die Deutschland begann. Die Shoah, die Deutschland zu verantworten hat. Dann die Teilung. Über den wirtschaftlichen Aufschwung zur Wiedervereinigung. Ein Moment des Zusammenwachsens, dann langsames Auseinanderdriften.

Die Weimarer Republik von damals gibt es nicht mehr. Und doch sind heute mehr denn darauf angewiesen, in ihr auf Spurensuche zu gehen: wie wir hierhergekommen sind, und wie wir von hier aus weitergehen können.

Spur 1

Die Institutionen unserer Demokratie erweisen sich als weit weniger stabil als wir lange glaubten. Die bittere Erkenntnis: Freie demokratische Wahlen können zu ihrer Achillesferse werden. Ob im vollen Bewusstsein, oder fehlgeleitet durch falsche Versprechungen, Hetze und Manipulation: Wähler*innen dürfen ihre Stimme auch Parteien geben, die die freiheitliche demokratische Grundordnung missachten und sie abschaffen wollen. Das Grundgesetz hat deshalb zum Schutz der Demokratie eine Notbremse eingebaut. Es erklärt Parteien für verfassungswidrig, die „nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen“ (Art. 21 Abs. 2 GG).

Wann endlich?

Spur 2

Politik ist emotional. Lange hat die AfD sich von Angst genährt: vor Migrant*innen, die angeblich massenhaft Verbrechen begingen; vor einem imaginierten „Großen Austausch“; vor wirtschaftlichem Abstieg und Zerfall dessen, was sie (volks)deutsche „Kultur“ und „Identität“ nennt.

Nun aber scheinen die Parteien – nicht nur bei der Sitzordnung im Landtag von Sachsen-Anhalt – die Plätze getauscht zu haben. Die demokratischen Parteien sitzen auf der Seite der Angst, während die AfD nun mit ihrem „Feel-Good-Rechtsextremismus” (*Q*), ihrem „Alles ist möglich“-Programm die Hoffnung für sich pachtet. Diese Dynamik ist besonders besorgniserregend.

Erst im Rückblick wird klar, wo die Kipppunkte lagen: Wenn die Selbstverstärkung

der politischen Dynamik stärker ist als die Gegensteuerung. Wenn sie auch dann weiter an Fahrt aufnimmt, obwohl sie – weil sie? – immer destruktiver wird. Und während die radikale Dynamik auch vieles bisher stabil Geglaubtes erfasst, geht nicht nur auf der Rechten, sondern gesamtgesellschaftlich das Vertrauen in die Institutionen als Grundlage unserer Demokratie verloren. Weil sie sehenden Auges entstehen lassen, was sie verhindern müssten. Weil sie nicht wahrhaben können oder wollen, wie ernst es der wiedererstarkte Faschismus in Deutschland meint.

Im Altgriechischen gibt es das Wort καιρός (kairós): das rechte Maß zum rechten Augenblick. Der Moment, in dem sich die Kettfäden öffnen und die Weberin ihr Schiffchen durchwirft. Wann ist der Moment gekommen, an dem wir das Schiffchen werfen, welches die Demokratie uns für die Absicherung ihres eigenen Überlebens in die Hand gelegt hat?

Und auch das bleibt aus dem Blick in die Weimarer Republik hängen: Mit unseren Vereinen und Organisationen sind wir näher an den Menschen als die Politik, wir sind die Zivilgesellschaft. Hier dürfen wir uns Hoffnung und Begegnungsräume nicht stehlen lassen. Vielleicht kommt uns damit die wichtigste Rolle zu: Wir zeigen jeden Tag im echten Leben, dass und wie es gemeinsam funktioniert.

Herzliche Grüße

Stephanie Handtmann und Marie Wachinger

Text und Recherche: Fiona von Bose

P.S. Wie immer möchten wir Sie am Ende der Lektüre bitten: Wenn Sie können, freuen wir uns, wenn Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen.

Sie können unsere *Allianzen* auch gerne weiterleiten. Und wie immer: Lesen Sie uns nicht nur, schreiben Sie uns gerne auch! Wir freuen uns über Ihre Fragen und sind gespannt auf Ihr Feedback.

Informationen zu Spenden